

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Jannet in Eibenstock.

N. 151.

32. Jahrgang.

Dienstag, den 22. December

1885.

Im Amtsgerichtsgebäude sollen

**Dienstag, den 22. December 1885,
Vormittags 9 Uhr**

eine Partie **Schnittwaaren, Hemden** u. s. w. öffentlich gegen Baarzahlung
versteigert werden.

Eibenstock, am 16. December 1885.

Schönherr, Gerichtsvollzieher.

Nachdem beschloffen worden ist, die in den Bezirken der Gemeinden Schön-
heide, Schönheiderhammer und Neuheide sowie des Schönheider Staatsforste-

viereck und des selbstständigen Gutsbezirks Neuheide krankenversicherungspflichtigen
Arbeiter, soweit solche in Bräcken, in Gruben, bei Bauten, in Transport-
betrieben beschäftigt sind, der hierorts bestehenden gemeinsamen Ortskrankenlasse
der Handwerker zuzuwenden, so wird dies hierdurch mit dem Bemerkten zur öffent-
lichen Kenntniß gebracht, daß das betreffende Kassenstatut innerhalb der Zeit
vom **24. December 1885 bis 9. Januar 1886** zur Einsichtnahme für die
in den bezeichneten Betrieben beschäftigten Arbeiter in der Expedition des unter-
zeichneten Gemeinderathes ausliegt und daß etwaige Wünsche oder Einwendungen
während der Auslagefrist hier anzubringen sind.
Schönheide, am 19. December 1885.

Der Gemeinderath.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Am Donnerstag hat im Va-
tikan in Gegenwart des Kardinalstaatssekretärs Za-
cobini und mehrerer Kardinäle die Unterzeichnung der
Vermittlungsakte in der Karolinenfrage statt-
gefunden. Derselben schloß sich ein feierliches Frie-
densbündnis an, welchem neben dem preussischen Ge-
sandten, Herrn v. Schlözer, u. A. auch der Kardinal
Lebichowicki beizuwohnt. — Die Spanier haben in
dieser Frage allerdings gesiegt, insofern ihre Souverä-
nität über die Karolineninseln anerkannt wurde,
aber nicht über alle Inseln, sondern mit Ausschluß
der Marshallinseln, und nicht auf Grund der histo-
rischen Ansprüche, sondern auf Grund der Priorität
der Besetzung von Jap. Neben den Spaniern hat
also auch das von der Kongokonferenz proklamirte
moderne Recht und damit auch Fürst Bismarck ge-
siegt, ein Resultat, das der Gewiegttheit des alten
Diplomaten, der auf dem Stuhle Petri sitzt, alle Ehre
macht. Um eine kritische Beurtheilung des Resultats
geben zu können, muß man allerdings das Schrift-
stück, das in Rom unterzeichnet wurde, seiner ganzen
Ausdehnung nach kennen; öffentlich läßt die Ver-
öffentlichung desselben nicht lange auf sich warten.

— Aus Thüringen. Bei den Volksschul-
lehrern in Reuß-Gr. hört man nicht nur das Scat-
spiel, sondern auch neuerdings das Tanzen in öffentlichen
Localen verboten worden.

— Du bist der beste Bruder a net, kann
man zum Freiherrn Max von Soden, Königlich bay-
rischem Kämmerer und ultramontanen Abgeordneten
sagen, der in jüngster Zeit vielfach genannt wurde
bei seinen Kammerreden wegen Steuerhinterziehungen
beim Malzausschlag und für Errichtung einer staatlich
zu leitenden Mobiliar-Brandversicherung-Anstalt. Der
Herr ist, wie die „Post“ berichtet, auch Besitzer einer
Bierbrauerei, die gerade das Gegentheil davon thut,
was Herr von Soden im Landtag sagt. Der ultra-
montane „Führer“ will energische Bestrafung der
Nahrungsmittelfälscher und seine eigene Bierbrauerei
panscht in einer Weise, daß sich der Staatsanwalt
ins Mittel legen mußte. Während Herr von Soden
zum Schrecken aller Stenographen und Bericht-
statter eine seiner Dauerreden losließ, hielt das König-
liche Landgericht in Landskron über ihn und seinen
Braumeister Gericht und richtig wurde Herr von
Soden wegen Uebertretung des Malzausschlag-Gesetzes
zu 180 M. Geldstrafe und sein Braumeister wegen
Vergehens wider das Nahrungsmittel-Gesetz zu 300
Mark verurtheilt.

— Schweiz. Gleich dem Nationalrath hat jetzt
auch der Ständerath den vom Bundesrath verlangten
Kredit von 500,000 Frs. (als erste Jahresquote ein-
er im Ganzen mit 2,600,000 Frs. berechneten
Summe) für Landesbefestigung angenommen.
Auf der Furla, auf dem Gotthard und der Oberalp
müssen Blockhausbauten errichtet werden, die mit
schwerer Macht unter allen Umständen gehalten wer-
den können. Eine andere wichtige Stelle ist Ander-
matt. Nach dem Vorschlage des Bundesrathes muß
aber auch Airolo gesichert werden, bis man eine ge-
eignete Truppenmacht ins Tessin werfen kann. Es
ist dies ein Punkt, der nur etwa vier Stunden von
der Grenze entfernt ist. In Airolo müssen bedeu-
tende Vertheidigungskräfte etablirt werden können.
Andere Punkte südlich von Airolo sind ebenfalls zu

befestigen. Mit den angegebenen Worten ist das
Allernothwendigste getroffen. (Die Befestigung ist
namentlich wichtig für den Fall eines französisch-ita-
lienischen Bündnisses gegen Deutschland. Alsdann
würde die Schweiz ihre Neutralität zu vertheidigen
haben.)

— Bei den Verhandlungen der auf dem serb-
ischen Kriegsschauplatz angelangten Militär-
kommission werden weder bulgarische noch serb-
ische Vertreter anders zugelassen, als nur vernommen
zu werden. Die serbische Regierung erhebt Einspruch
gegen die bulgarischen Vorbehalte, besonders gegen
die Forderung, daß die Thätigkeit der Kommission sich
nur auf Pirots beziehe. Fürst Alexander habe selber
um Einstellung der Beschießung Widdins ersucht.
Die Serben halten das Widdiner Gebiet sammt der
Stadt Adlyje noch in Besitz. Andererseits wären die
Bulgaren nicht in den Besitz Pirots gelangt, wenn
nicht das serbische Oberkommando den Waffenstill-
standsvorschlag der Mächte angenommen und im guten
Glauben auf die Annahme Seitens der Bulgaren die
Stellung bei Sukobomost geräumt und Quartiere
hinter Pirots bezogen hätte. Die Kommission werde
daher die bulgarische Forderung auf das rechte Maß
zurückführen müssen. Von österreichischer Seite wird
halbsamlich bemerkt, wenn Serbien sich vorbehaltlos
der Kommission unterwerfen habe, so sei damit kein
würdeloser Verzicht auf Selbsthilfe und Selbsterret-
tung ausgesprochen. Des Fürsten Alexander Vorbe-
halte seien aus einem Mißverständnis entsprungen,
daß die Aufgabe der Kommission eine rein technisch-
militärische und durch das gegenwärtige Provisorium
schon gelöst sei; doch schließe die Aufgabe einen
politischen Kern der Friedensvorbereitung in sich. Die
Mächte hielten sich mehr an die grundsätzliche An-
nahme, als an die in Form von Wünschen gefaßten
Vorbehalte. Auf beiden Seiten komme es vor, daß
Soldaten auf ihren Posten erfrierten. Die harte Noth
habe die Thätigkeit der Kommission vorbereitet. Die
Phase des Krieges sei abgeschlossen. Daß die Sonder-
bestrebungen der einzelnen Großmächte hierbei in dem
gemeinsamen Friedensinteresse aufgegangen seien, sei
das beste Unterpfand für die Lösung auch der ost-
rumelischen Frage. — In Sofia ist Madsch Pascha
eingetroffen. Er soll dem Fürsten Alexander die Ein-
willigung des Sultans bringen, daß der Fürst auf
Lebenszeit Generalgouverneur von Ostrumelien werde.

— Nach den letzten eingetroffenen Nachrichten be-
züglich der Verhandlungen der internationalen
Kommission hat dieselbe beschloffen, daß die serb-
ischen Truppen, die noch vor Widdin stehen, sofort
den bulgarischen Boden zu verlassen haben; erst wenn
dies geschehen ist, beginnt die Räumung des serbischen
Gebiets (Pirots) Seitens der Bulgaren. Man glaubt
mit Bestimmtheit, daß beide Theile dem Beschluß
Folge geben werden. Der Krieg wäre damit thät-
sächlich beendet und die ostrumelische Frage könnte
dann in Ruhe ihrer Erledigung näher geführt werden.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden. Ein hiesiges Ehepaar, das sich
im Laufe des Jahres 80 M. zurückgelegt hatte, um
für diesen Betrag eine goldene Damenuhr, die schon
längst der Wunsch der Gattin gewesen war, einzukau-
fen, sollte dieser Tage gar arg betrogen werden.
Nachdem nämlich der erfreute Gatte in einem Uhren-
geschäft der Wildstruffer Vorstadt eine Uhr zur vollsten
Zufriedenheit gekauft hatte, und zu Hause angelom-

men, dieselbe mit seiner Frau nochmals besah, klopfte
es und eiligen Schrittes trat ein angeblicher Gehilfe
des Uhrengeschäfts mit dem Auftrage herein, die Uhr
nochmals auf 2 Tage abholen zu sollen, da sie erst
„abgezogen“ werden müsse. Nun der „Abzug“ der
Uhr, die dem jungen Manne eingehändigert wurde, er-
forderte nicht 2 Tage Zeit; denn als nach Ablauf
dieser Frist der Gatte die Uhr wieder zurückholen
wollte, mußte er zu seinem größten Schreck erfahren,
daß der vermeintliche Gehilfe ein ausgefeimter Ver-
trüger gewesen war, von dem man sammt der ge-
stohlenen Uhr bisher noch keine Spur hat. Dieser
Vorfall mahnt aufs Neue, nichts ohne schriftliche
Bescheinigung — und auch diese muß erst geprüft
werden — aus der Hand zu geben. Die Kniffe der
heutigen Gaunerwelt gehen weit!

— Leipzig. Donnerstag Nachmittag bemerkte
eine Frau, welche sich an einem Verkaufstande auf
hiesigem Marktplatz befand, wie ein dicht bei ihr
stehender Knabe ihr in die Manteltasche griff. Sie
hielt das Büschchen fest und nahm dabei wahr, daß
ein anderer dabei befindlicher Knabe schleunigst die
Flucht ergriff. Da ihr das Portemonnaie fehlte, der
ergriffene Knabe aber dasselbe nicht im Besitz hatte,
war wohl anzunehmen, daß der andere entflohen
Bursche es sich werde angeeignet haben. Dem war
auch so, als die Polizei den Letzteren, einen Bruder
des festgehaltenen Taschendiebes, aus seiner Wohn-
ung abholte, denn er führte das gestohlene Porte-
monnaie mit 3 M. 30 Pf. Inhalt noch bei sich.
Das saubere Brüderpaar, bereits wegen Diebstahls
bestraft, wurde in Polizeihast genommen. Es fällt
ihnen wieder eine ganze Reihe neuerdings verübter
Diebstähle zur Last.

— Meerane, 19. Dezember. Eine gestern
Abend hier abgehaltene, von ca. 500 Personen be-
suchte Bürgerversammlung erhob Protest gegen
das am 12. Dezember hier verbreitete Flugblatt.
Realschuldirektor Bauer kennzeichnete in einer längeren
trefflichen Rede die perfide Schmähschrift und wies
auf die daran sich knüpfenden Folgen hin. Die nach-
stehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die
heute im Saale des „Kaiserhofs“ versammelten Bürger
der Stadt Meerane sprechen ihre tiefste sittliche Ent-
rüstung aus über den insamen Schurkenstreich, wel-
cher in dem am 12. Dezember in hiesiger Stadt ver-
breiteten Flugblatt durch die frivolsten Verleumdungen
und Verächtigungen unserer städtischen Behörden,
hochachtbarer Firmen und hochangesehener Persönlich-
keiten verübt worden ist, Angriffe, die um so schärfer
verurtheilt und verdammt werden müssen, als sie den
Interessen des Arbeiterstandes, denen sie in schein-
heiliger Vefflissenheit zu dienen vorgaben, die schwerste
Schädigung zuzufügen geeignet sind. Die Versamm-
lung fühlte sich gedrungen, öffentlich einzutreten und
Zeugniß abzulegen für die angegriffenen Behörden,
Firmen und Personen; sie bezeugt in erster Linie
der städtischen Behörde und ihren sämtlichen Or-
ganen ihr volles, uneingeschränktes Vertrauen zu
ihrer das Wohl der Gesamtheit fördernden Amts-
führung und Verwaltung, sie versichert ferner, daß
die persönlich in ihrer Ehre durch lügenhafte Schmä-
hungen auf's Tiefste verletzten Herren Reinhold und
Emil Straß die vollste Achtung und Anerkennung
ihrer Mitbürger genießen und genießt werden; sie
richtet an Herrn Reinhold die dringende Bitte, das
Amt des Stadtraths wieder aufzunehmen und fort-
zuführen in bewährter Weise zum Wohle der Stadt,